

Karben, 08.10.2017

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Ingrid Lenz
Rathaus
61184 Karben

Sehr geehrte Frau Lenz,

ich bitte Sie, die folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

Anfrage: Wertschöpfung Neubauprojekt am Taunusbrunnen

Wie durch die Presse bekannt, hat die Firma Kling das Areal am Taunusbrunnen noch vor Beginn der dort geplanten Bebauung zum Großteil an die Frankfurter Franconofurt AG weiterveräußert und dabei einen satten Gewinn im Vergleich zum Kaufpreis erzielt. Folglich ist davon auszugehen, dass die Stadt beim Verkauf des Areals nicht den Erlös erzielt hat, der tatsächlich möglich gewesen wäre und das nicht zu Gunsten sozialen Wohnungsbaus oder der Erzielung besonderer Umweltstandards, sondern zum Vorteil privater Interessen? Deswegen stellt die GRÜNEN-Fraktion hierzu folgende Fragen?

- Wie hoch schätzt der Magistrat den finanziellen Nachteil für die Stadt durch entgangenen Gewinn?
- Wann erfuhr der Magistrat zum ersten Mal, dass die Firma Kling den Großteil des Areals nicht selbst entwickeln möchte?
- Wieso wurde für das Areal kein offizielles Bieterverfahren durchgeführt? Hat der Magistrat jemals ein solches in Erwägung gezogen? Wenn nein, wieso nicht?
- Wieso hat der Magistrat viele der Forderungen der GRÜNEN-Fraktion in Bezug auf das Projekt, insbesondere zum sozialen Wohnungsbau, mit Verweis auf betriebswirtschaftliche Interessen des Investors zurückgewiesen? Zeigt das unternehmerische Handeln der Kling-AG nicht, wie groß der wirtschaftliche Handlungsspielraum war und ist?
- BM Rahn hat öffentlich verkündet, man wolle sozialen Wohnungsbau nicht in so exponierter und teurer Lage in S-Bahn Nähe realisieren, sondern mit Projekten der Wohnungsbau GmbH in Burg-Gräfenrode und Petterweil. Soll Karbens neue Mitte also ein Stadtzentrum für die

Reiche werden? Ist eine nahe und gute öffentliche Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten aus Sicht des Magistrats etwas für finanziell privilegierte Menschen?

- Die von den GRÜNEN geforderte 20 % - Quote hätte in etwa 30 Wohnungen mit Mietpreisbindung auf dem Taunusbrunnenareal bedeutet. In welcher Zeit gedenkt der Magistrat diese Zahl an Wohnungen durch die Wohnungsbaugesellschaft zu realisieren? Wie verhält sich die Priorisierung der Realisierung von Sozialwohnungen durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft mit der politischen Haltung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mario Beck „Die Stadt bzw. ihre Wohnungsbaugesellschaft könne nicht allein für sozialen Wohnungsbau sorgen?“ Wie lässt sich die beim Taunusbrunnen vertane Chance, private in die Pflicht zu nehmen, ausgleichen?

Vielen Dank,

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Knak

Fraktionsvorsitzender